

Keine Entlastung des Vorstands in der Gemeinde Brensbach

Quelle: Odenwald-Echo 4.7.2024



© Dirk Zengel

CDU und UWG haben die Jahresrechnung 2019 und 2020 in der Brensbacher Gemeindevertretung nicht genehmigt. Der Bürgermeister übernimmt die Verantwortung. Was geschehen ist.

Brensbach. Die CDU und die Unabhängige Wählergemeinschaft (UWG) Brensbach werfen dem Gemeindevorstand Unregelmäßigkeiten in der Rechnungslegung der Jahre 2019 und 2020 vor und haben diese deshalb im Parlament nicht genehmigt. „Die belegbaren Fakten und Zitate aus den Odenwälder Revisionsberichten dazu sprechen als Begründung für sich selbst“, so der CDU-Fraktionsvorsitzende Dr. Frank Volz. Die UWG ergänzt auf ihrer [Homepage](#). „Erst mit Jahren Verspätung vorgelegt, dann versagt das Revisionsamt des Odenwaldkreises ein uneingeschränktes Testat. Quer durch alle Bereiche sind die Zahlen unzutreffend, also falsch, und zwar mit einer ‚Wucht‘, die erschrecken lässt.“ Der Brensbacher Bürgermeister, Rainer Müller (SPD), stellt klar: „Fakt ist, dass die Kommunalaufsicht zwar ein eingeschränktes Testat erteilt hat, das Testat jedoch nicht versagt ist.“

Die belegbaren Fakten und Zitate aus den Odenwälder Revisionsberichten sprechen als Begründung für sich selbst.

Dr. Frank Volz *Brensbacher CDU-Fraktionsvorsitzender*

Konkret moniert der Revisionsbericht zum Jahresabschluss 2019: „Die Gemeinde weist eine Vielzahl an Werten in ihrem Jahresabschluss aus, die ein

nichtzutreffendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergeben.“ Es bestehe „erheblicher Anpassungsbedarf in den organisatorischen Abläufen, insbesondere für die Aufgabenbereiche Kasse, Finanzen und Jahresabschluss, der zwingend umzusetzen ist“. Kritik übte das Revisionsamt auch an der Dauer des Verfahrens. Die Gemeinde komme ihren Mitwirkungspflichten nicht zeitnah nach, die Unterlagen seien nicht vollständig oder verspätet bereitgestellt worden. Das Revisionsamt fordert in seinen Ausführungen „bessere Verwaltungsstrukturen zur Schaffung einer Grundlage, auf der diese Arbeiten ordnungsgemäß und in Übereinstimmung mit den rechtlichen Grundlagen durchgeführt werden können“.

Bürgermeister übernimmt Verantwortung

Der Brensbacher Bürgermeister übernimmt die Verantwortung für die eingeschränkten Testate der beiden Jahresabschlüsse „voll und ganz“. Er bestätigt, dass Rückstellungen ohne Kontrollberechnungen gebildet und Forderungen nicht erfasst wurden. Wertberichtigungen seien nicht durchgeführt, sondern der Vorjahreswert ungeprüft übernommen worden. Auch er beklagt, dass die Bilanzbuchhaltung die Fragen des Revisionsamtes zur Beantwortung nicht zügig erledigen konnte.

Ursache der Versäumnisse war hauptsächlich die sehr eingeschränkte verfügbare Personalressource.

Rainer Müller *Brensbacher Bürgermeister*

Müller begründet die Versäumnisse hauptsächlich mit „der sehr eingeschränkten verfügbaren Personalressource – vorrangig in der Bilanzbuchhaltung und jeweils mit dem Ziel verknüpft, eine Haushaltsgenehmigung zu erhalten“. Er bedauert, dass die umfassenden Erklärungen zu den bereits erfolgten und künftigen Maßnahmen auch eines externen Dienstleisters zu den beiden Jahresabschlussarbeiten im Haupt- und Finanzausschuss sowie seine Ausführungen in der Gemeindevertreterversammlung nicht gewürdigt worden seien.

Überhaupt habe der Gemeindevorstand bereits zahlreiche Maßnahmen ergriffen: „Zur Kompensation der ausgefallenen Bilanzbuchhaltung haben wir 2022 einen externen Dienstleister beauftragt“, sagt der Verwaltungschef. Gleichzeitig wurde eine interne Mitarbeiterin zur Anlagenbuchhaltung geschult. Der digitalisierte Rechnungsablauf sei optimiert worden. Darüber hinaus suche die Gemeinde seit langem eine neue Buchhalterin und habe die Stelle mehrfach ausgeschrieben. Die aktuelle Ausschreibung laufe bis Ende Juli. Ursprünglich wurde die Buchhaltung in Personalunion für drei weitere Gemeinden wahrgenommen. Seit dem Weggang der Buchhalterin 2022 inseriere Brensbach für eine eigene Kraft.

Der Bürgermeister sieht in der mehrheitlichen Ablehnung der beiden Jahresabschlüsse in der Gemeindevertretung – die SPD stimmte zu – „eher eine parteipolitische Entscheidung als eine in sachlicher Bewertung.“ „Wir werden alles daransetzen, schnellstens die Personalengpässe zu beseitigen und zusammen mit dem Dienstleister die Organisationsstrukturen zu verbessern“, verspricht Müller.

CDU lehnt Haushaltsplan 2024 ab

Die CDU hat auch den Haushaltsplan 2024 abgelehnt, während die UWG und die SPD zugestimmt haben, so Müller. Die Gemeinde habe 2024 einen Gewerbesteuerrückgang um mindestens 500.000 Euro zu verkraften, was nach Aufstellung des Haushaltsplans ersichtlich wurde und den es zu kompensieren gelte. Aufgefangen werden soll er durch Minderausgaben von 280.000 Euro, beispielsweise durch Energieoptimierung im Bauhof, Verringerung von Zuschüssen zur Wegeinstandsetzung, Reduzierung der Feuerwehrausrüstung und der Verschiebung der Einstellung eines Nachfolgers für den Bauamtsleiter, der in 1,5 Jahren in den Ruhestand geht. 260.000 Euro mehr nehme die Gemeinde aufgrund der Erhöhung der Grundsteuer B ein. „Wir hoffen, dass der Haushalt 2024 so genehmigungsfähig sein wird“, so der Bürgermeister.